

Politische Repräsentation zwischen indirekter und direkter Demokratie

von Thilo Scholle, Jan Schwarz und Sascha Vogt



Foto: www.photocase.de, © Miss X

„Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie, erweitert wird.“

Demokratie als Konzept ist daher voraussetzungsvoll: Neben der Herstellung demokratischer Gleichheit der Menschen ist die Einbettung des sozialen Gefälles eine der großen Herausforderungen. In Bezug auf die aktuelle Lage in der Bundesrepublik ist dazu festzustellen, dass zum einen – siehe die Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass aus dem Wahlrecht – die demokratische Gleichheit aller Menschen nicht gewährleistet ist, und zum anderen auch in ökonomischer Hinsicht die Ungleichheiten weiter zunehmen. Dies wirkt sich zum einen auf sinkende Wahlbeteiligungen gerade bei einkommensschwächeren Gruppen aus, zum anderen lassen sich nach wie vor viele Beispiele für mittelbaren und unmittelbaren Einfluss kapitalmächtiger

Interessengruppen und Einzelpersonen auf politische Entscheidungen feststellen, wie dies an der Affäre um die Mövenpick-Spende und anschließende Steuersenkung durch die CDU/ FDP-Bundesregierung deutlich wurde. Zugleich mehren sich die Stimmen, denen zufolge das Modell der repräsentativen Demokratie in einer Krise stecken sollte, die mit mehr direkter Demokratie beantwortet werden müsse. Im folgenden wollen wir einige Aspekte dieser aktuellen Debatte kritisch beleuchten und erste Ansätze für die weitere Diskussion skizzieren.

Sozial-ökologische Industriepolitik als Kern einer modernen Linken

Die Debatte um politische Repräsentation ist aber auch aus einem unmittelbar politisch-strategischen Sinne für die politische Linke von großer Bedeutung: Geht man davon aus, dass Kern eines neuen sozialdemokratischen Projekts eine Wirtschafts- und Industriepolitik sein muss, die sozial-ökologisches Wachstum schafft, stünde die SPD mit einem solchen Projekt weitgehend alleine da: Große Teile gerade der linken Grünen ergehen sich in Phantasien

¹ Wolfgang Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe, in: ders., Gesammelte Schriften Band 2, Hannover 2008, S. 416.

um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ und Gedanken über eine post-industrielle Gesellschaft. Dies trifft ebenso Teile der Partei die Linke sowie in Gänze – soweit sich das überblicken lässt – die Piratenpartei. Ganz offensichtlich hat sich auf der politischen Linken ein Konflikt zwischen einer „individualistischen“ und einer „solidarischen“ Linie herausgebildet. Kern des Streits ist die Ablehnung politischer Großorganisationen und die Fokussierung auf Fragen des unmittelbaren persönlichen Lebensstils und der persönlichen Betroffenheit.

Zwischen individueller Betroffenheit und kollektiver Interessenvertretung

Dieser Trend ist nicht nur auf Seiten der „individualistischen Linken“ zu beobachten, sondern lässt sich quer durch alle politischen Lager feststellen, und wirkt sich direkt auf die Frage nach der Organisation von Demokratie und demokratischen Entscheidungen aus: Die repräsentative Demokratie steckt in einer Krise. Von Parlamenten getroffene Entscheidungen zum Bau eines neuen Bahnhofs in Stuttgart führen zu Massenprotesten und dem Vorwurf, die Entscheidung erfolge gegen den Willen der Bevölkerung. Entscheidungen über industriepolitische Vorhaben wie beispielsweise dem Bau neuer Kohlekraftwerke oder die Trassenführung neuer Verkehrswege führen zu Bürgerinitiativen und Protesten. Verbunden sind diese Proteste stets mit dem Verweis, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den örtlichen und überörtlichen Parlamenten würden den Willen der Mehrheit der Menschen nicht vertreten.

Es fällt auf, dass sich bei vielen der aktuellen Diskussionen in der Bundesrepublik eine Perspektive der tatsächlichen oder vermeintlichen individuellen Betroffenheit mit gesamtgesellschaftlichen Klagen verbinden. Was dabei oft aus dem Blick gerät, ist der „Blick auf das Ganze“. Kurz gefasst ließe sich dies auf die Formel des Spannungsverhältnisses von gesamtgesellschaftlicher Solidarität und individueller

Betroffenheit bringen. Hinzu tritt zudem oft eine sehr deftige Parteien- und Parlamentarismuskritik. Auffällig dabei ist, dass sie meist von Menschen geäußert werden, die sich nach ihren materiellen Möglichkeiten jederzeit politisch engagieren könnten, es aber nicht tun. Die Unzufriedenheit mit Parteien wird in den seltensten Fällen von Menschen mit eigener Parteierfahrung geäußert.

Und dies ist eines der zentralen Probleme: Für die eigene Betroffenheit wird von „der Politik“ ein augenblickliches In-Bewegung-Setzen aller Hebel erwartet. Verständnis für andere Interessen, für den Bedarf nach Ausgleich und Vermittlung, für andere mächtige Einflussfaktoren oder auch die Bedürfnisse schwächerer Interessengruppen gibt es kaum. So ist denn die Krise der Parteien auch von mehreren Faktoren abhängig: Neben innerparteilichen Versäumnissen und Fehlern geht es auch um das öffentliche Bild von ehrenamtlichem Engagement in politischen Vereinigungen.

Neben die nationalstaatliche tritt seit Jahren auch die internationale Dimension. Längst ist die europäische Ebene nicht mehr die einzige Ebene die es hier anzusprechen gilt: Zwar ist gerade im Zuge der Diskussion um die Reaktion auf die Finanzkrise das Defizit an demokratischer Kontrolle und Gestaltung auf europäischer Ebene deutlich geworden. Zugleich zeigt sich aber auch, in welchen globalen Handlungszwängen auch die Europäische Union selbst steckt.

Völlig aus dem Blick vieler Demokratiediskurse gerät auch die Frage nach einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaft. Daher sind die aktuellen Diskussionen um „Mehr Demokratie“ keinesfalls automatisch „links“. Im Gegenteil, wie sich an der Begeisterung über die Aufritte eines ehemaligen Bundesbankers zeigt, existiert zudem ein verbreitetes Unbehagen über das Funktionieren der Demokratie, das sich nicht an der Frage von mehr individueller Partizipation, sondern vor allem auf „ge-

gen den Willen der Bevölkerung“ zugelassene „Überfremdung“ des Landes kapriziert.

Ein weiterer Aspekt ist der Umgang mit Komplexität. Die Finanzkrise, die Diskussion um die „Rettung“ Griechenlands und die Reaktion selbst vieler Abgeordneter macht deutlich, wie schwierig die Erfassung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Sachverhalte mittlerweile ist.

In Bezug auf die politischen Parteien existiert zudem ein weiteres Paradoxon: So lautet ein gängiger Vorwurf, die Parteien würden sich inhaltlich kaum noch voneinander unterscheiden, und deshalb für Wählerinnen und Wähler uninteressant sein. Auf der anderen Seite wird dann jedoch – beispielsweise vor dem letzten SPD-Bundesparteitag – jeder Ansatz einer ernsthaften inhaltlichen Richtungsauseinandersetzung wieder nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die kommende SPD-Kanzlerkandidatur in den Medien kommentiert, und im Gegenteil in den Kommentarspalten jede zu deutliche inhaltliche Positionierung als gefährlich für die Wahlchancen denunziert.

Die Wiederentdeckung des Politischen

Eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik braucht gerade in Deutschland eine starke industrielle Basis. Ohne ausreichend Versorgung mit Energie, ohne gute Verkehrs-, Daten- und Logistikwege wird sich die Wirtschaft in Deutschland nicht weiterentwickeln lassen – weder sozial noch ökologisch.

Wenn zugleich aber die Akzeptanz gerade für große Infrastrukturvorhaben in (meinungsstarken) Teilen der Bevölkerung immer geringer wird, und die SPD als einzige Partei im linken politischen Spektrum noch ernsthaft den Anspruch auf Gestaltung von Ökonomie erhebt, wird diese mangelnde Akzeptanz zum Problem: Wenn ein großer Teil der linken Politikangebote nur noch individuelle Wohlfüh-

stimmen anzieht, und damit an der Wahlurne die Sozialdemokratie geschwächt wird, kann es gut sein, dass es trotz rechnerischer linker Mehrheiten nicht zu einem belastbaren parlamentarischen Block kommt – wie zuletzt in Berlin nach der Abgeordnetenhauswahl geschehen.

Die SPD muss sich deshalb aktiv in die aktuellen Debatten um Demokratie einmischen, und für eine solidarische Organisation von Gesellschaft und Demokratie werben, die tatsächlich nicht darauf beruht, wer seine Rechte am lautesten durchsetzt, sondern darauf, wessen Interessen es vor dem Hintergrund eines solidarischen Gesellschaftsverständnisses verdienen unterstützt zu werden.

Überhaupt nicht im Fokus sind hingegen Fragen sozialer Ungleichheit und demokratischer Partizipation, wie sie vor allem im Rahmen der „Postdemokratiediskussion“ nach Colin Crouch eine Rolle spielen.² Dabei ist offensichtlich, dass gerade der soziale Status nach wie vor eine große Rolle auch für den gesellschaftlichen Einfluss einer Person spielt. Die Verschiebung der Konfliktachse Politik – Wirtschaftsinteressen hin zu Bürger- Politik führt auch dazu, den Blick auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse fast vollständig zu verlieren.

Im Anschluss an Chantal Mouffe ist daher wieder die Bedeutung „des Politischen“ in den Blick zu nehmen.³ Auch wenn der Bezug auf Carl Schmitt nicht denklogisch notwendig ist, so trifft Mouffe doch einen wichtigen Kern: Gesellschaft ist im Kapitalismus von vielfältigen Antagonismen durchzogen, an vorderster Stelle vom Antagonismus von Kapital und Arbeit. Diese Antagonismen gilt es durch demokratische Verfahren und Entscheidungsweisen gesellschaftlich bearbeitbar zu machen. Die Auseinandersetzung läuft daher eben nicht nur zwischen Bürgerinnen und Bürgern und

² Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

³ Chantal Mouffe, Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main 2007.

„der“ Politik. Viele vermeintlich unter dem Label der fehlenden Verantwortung der Politik geführte Konflikte gehen im Kern eigentlich auf soziale Konflikte zurück. Dies gilt es wieder deutlich zu machen und die Sozialdemokratie als die Partei politisch zu platzieren, die ernsthaft an einem Ausgleich von unterschiedlichen sozialen Interessen interessiert ist - und da wo es entscheidend ist auch Interessen klar und deutlich vertritt und durchsetzt. In diesem Sinne ist es erfreulich, dass auch in der SPD in den letzten Jahren das TINA-Denken (TINA = „There is no alternative“) zurückgegangen ist, und politisches Handeln wieder verstärkt in möglichen Alternativen diskutiert wird.

Erste Schlussfolgerungen

Die Entscheidung über den Anschluss eines Wohngebietes an eine Bundesstraße mag noch im Belieben der jeweiligen Anwohner stehen. Die Entscheidung über die Anbindung einer ganzen Stadt an die Autobahn kann sicherlich nicht im Belieben der unmittelbaren Anwohner der geplanten Straße liegen. Dies gilt auch bezogen auf Entscheidungsrechte der Bundesländer: Die Suche nach einem Endlager für Atommüll kann nicht in das Belieben des jeweiligen Bundeslandes gestellt werden, und diesem ein Veto-Recht eingeräumt werden.

Kurz: Zunächst gilt es ein Verständnis von Politik wieder herzustellen, das gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche mitdenkt, und nicht hinter vermeintlichen Sachzwängen oder vermeintlich einfachen Fragen von „Bürgerbeteiligung“ verschwinden lässt.

Gerade von links muss aber die Demokratiefrage doch genauso diskutiert werden: Wie schaffen wir Raum für solidarisches Handeln? Wie schaffen wir Repräsentanz für alle Bevölkerungsgruppen in den staatlichen Institutionen? Wie schaffen wir es, dass Menschen auch in der Lage sind nachzuvollziehen, welche politischen Entscheidungen eigentlich aktuell zur

Diskussion stehen und was die Alternativen sind?

Ganz praktisch setzt dies eine Entschleunigung von politischen Entscheidungen voraus. Auch wenn klar ist, dass ein Zurück zu Entscheidungsgeschwindigkeiten aus der Postkutschenzeit nicht möglich sein wird, so ist doch zu fragen, ob sich der in der „Berliner Glocke“ dank Tickern und Twittern permanent aufheizende „Entscheidungsdruck“ nicht auch anders regeln lassen würde. Das Aussitzen der aktuellen Euro-Krise durch die Bundeskanzlerin zeigt, dass dies in Maßen möglich (wenn auch im konkreten Ergebnis nicht gerade erfreulich) ist. Maßstab für eine notwendige Priorisierung müsste die gesellschaftliche Relevanz der Themen sein.

Parteien können nach wie vor der Bündelung und der Artikulation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen dienen. Nun wollen wir nicht an dieser Stelle die aktuellen Demokratiediskussionen mit einer plumpen These von der Revitalisierung des klassischen Parteiensystems beenden – auch wenn eine inhaltlich und organisationspolitisch erneuerte Sozialdemokratie hier einen wichtigen Beitrag zu leisten hätte.

Bewegung ohne Richtung, Politik ohne Orientierung bleibt Spielball der jeweils machtbewusstesten gesellschaftlichen Interessen. In seinem aktuellen Buch bringt es Claus Leggewie so auf den Punkt: „Soziale Bewegung ist gut, aber ohne Institutionen laufen ihre Denk- und Handlungsanstöße leicht ins Leere. Dazu gehören Interessengruppen als verkannte Mittler zwischen Staat und Gesellschaft. Sie erlauben Routinen und erleichtern die Habitualisierung nachhaltiger Politik. Bürger, tretet in die Parteien ein!“⁴

Gerade bei vielen lokalen Initiativen wird deutlich, dass es nur um individuelle Interes-

⁴ Leggewie, Mut statt Wut, Hamburg 2011, S.192.

sen und Befindlichkeiten geht. Dabei kommt das gesamtgesellschaftliche Denken unter die Räder. „Am Ende der Eigeninitiative muss nicht das wohlgeordnete Ganze, schon gar nicht das Gemeinwohl stehen. Die Addition von einzelnen Selbstorganisationen kann auch die tribalistische Gesellschaft sein, in der selbstständige Bürgerzusammenschlüsse in rivalisierender Konkurrenz mit- bzw. gegeneinander rangeln.“⁵

Viele individuelle Befindlichkeiten und Betroffenen ergeben eben immer noch nicht ein gesellschaftliches Ganzes. Es ist gerade die Aufgabe von politischen Parteien und Verbänden einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden, und dies lässt sich in erster Linie über ein repräsentativ-demokratisches System herstellen.

Anstatt auf die Suche nach solchen Möglichkeiten zu gehen, bleibt in der öffentlichen Debatte selten mehr über, als der Ruf nach direkter Demokratie durch Volksentscheide und mehr Direktwahlen. Die Verlockung ist groß, dem einfach zuzustimmen, denn schließlich ist „mehr Demokratie“ grundsätzlich die richtige Forderung. Aber, wie oben beschrieben, ist dieser Weg ambivalent: Anders als in den 1970er Jahren hat heute längst nicht mehr jede Initiative den Abbau von Herrschaft und Ungleichheit im Sinn.⁶ Auch der Berliner Politologe Wolfgang Merkel kommt in seiner Studie in Bezug auf die verstärkte Einführung von direkter Demokratie zu ambivalenten Ergebnissen: So haben direktdemokratische Verfahren beispielsweise in den Bereichen „soziale Selektivität“, „Interessengruppen“, und „wachsende Ungleichheit“ im Vergleich zu repräsentativer Demokratie große Defizite.⁷

Daraus folgt für uns nicht die Ablehnung von mehr Volksentscheiden und Volksiniti-

ativen, sondern die Erkenntnis, dass sie nur dann wirklich ein Demokratiegewinn sein werden, wenn alle Menschen auch die Voraussetzungen haben daran zu partizipieren. Leitschnur bei der Frage, wann Elemente direkter Demokratie zum Einsatz kommen sollten, müsste daher die Frage sein, wer von der Entscheidung betroffen sein wird. Die Entscheidung über ein neues Kraftwerk oder über Verkehrsinfrastruktur kann daher nur dann von den unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohnern getroffen werden, wenn sie die einzigen sein werden, die von den positiven oder negativen Auswirkungen des Projekts betroffen sein werden.

Eine Entscheidung über ein solches Verfahren kann daher nicht statisch gesetzlich normiert werden. Es wäre zu klären, wie praktisch sichergestellt werden kann, dass bei solchen Projekten gerade nicht nur die unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner eines Bundeslandes oder der Bundesrepublik insgesamt einen Volksentscheid einleiten können. Gleiches müsste für die politischen Vertretungen der jeweiligen Ebene gelten.

Die Diskussion zwischen repräsentativer und direkter Demokratie ist daher in der öffentlichen Debatte schief strukturiert: Es geht vor allem darum, wie Gesellschaft nachhaltig entlang von kollektiven Interessenlagen mobilisiert werden kann. Politik selber kann und muss einen Beitrag leisten, wenn gesellschaftliche Fragen endlich wieder als solche thematisiert werden, sprich: Wenn Politik wieder Richtung erkennen lässt. In diesem Sinne könnten dann auch parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretungen gemeinsamer Teil eines gesamtgesellschaftlichen demokratischen Diskurses werden. ■

5 Franz Walter, *Herbst der Volksparteien*, Bielefeld 2010, S. 112.

6 Vgl. auch Wagner, *Demokratie als Mogelpackung*, Köln 2011, S. 8ff.

7 Wolfgang Merkel, *Volksabstimmungen: Illusion und Realität*, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 44-45/ 2011, S. 47ff.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Jan Schwarz ist stellv. Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Weyhausen.

☞ Sascha Vogt ist Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Essen.